

NACHRICHTEN

Keine Strafuntersuchung gegen LGT-Angestellte

VADUZ: Im Zusammenhang mit den laufenden Ermittlungsverfahren wegen Geldwäscherei teilt die LGT Bank in Liechtenstein mit, dass keine Strafuntersuchung gegen Angestellte der Bank eröffnet worden ist. Bisher war die Bank als Dritte, gestützt auf die in den liechtensteinischen Gesetzen festgelegte Zeugnis- und Informationspflicht, in die laufenden Rechtshilfe- und Strafverfahren einbezogen und ist diesen Pflichten stets nachgekommen. Wie auf Anfrage von den zuständigen Instanzen präzisiert wurde, sind bisher keine Strafuntersuchungsverfahren gegen namentlich bestimmte Angestellte der Bank eröffnet worden. Hingegen sind Angestellte von Vorerhebungen, die sich im Anfangsstadium befinden und sich gegen andere Personen richten, betroffen. Solche Vorerhebungen, welche zur Zeit bei verschiedenen Banken gemacht werden, lassen keinerlei Rückschlüsse auf ein strafrechtlich relevantes Verhalten der Betroffenen zu. Die Bank ist daran interessiert, zur Aufklärung von Geldwäschereivorwürfen beizutragen. Sollten sich im Zuge der laufenden Ermittlungsverfahren Vorwürfe gegen Mitarbeiter ergeben, wird die Bank nicht zögern, die erforderlichen Massnahmen zu ergreifen. (LGT)

Bank- und Investmentbewilligungen erteilt

VADUZ: Die Regierung hat in ihrer Sitzung vom 6. Juni 2000 der BNP (Liechtenstein) AG mit Sitz in Triesen und der RheintalBank Aktiengesellschaft mit Sitz in Schaan die Bewilligung als Bank zum gewerbsmässigen Betreiben von Bankgeschäften erteilt. Ebenfalls wurde dem Catam Japan Advantage eine Konzession als Investmentunternehmen erteilt. (paf)

Sondersession zum Thema Frauen 2000

VADUZ: Vom 5. bis 9. Juni findet in New York die 23. Sondersession der UNO-Generalversammlung zum Thema «Frauen 2000: Geschlechtergleichstellung, Entwicklung und Frieden für das 21. Jahrhundert» statt. Sie hat zum Ziel, die Umsetzung der Beschlüsse der Vierten Weltfrauenkonferenz von Peking (1995) zu überprüfen und weitere Aktionen und Initiativen zu verabschieden. Die liechtensteinische Delegation wird von Regierungsrätin Andrea Willi geleitet. Sie bezeichnete die Vierte Weltfrauenkonferenz als sehr bedeutungsvoll für Liechtenstein und nahm in ihrer Erklärung vom 5. Juni den von der Regierung im Jahr 1997 dem Landtag unterbreiteten Bericht als Ausgangspunkt für seither erfolgte Verbesserungen. Regierungsrätin Andrea Willi bezeichnete die Bewusstseinsbildung und -veränderung als eines der wichtigsten Mittel, und sie erwähnte die in Liechtenstein durchgeführten einschlägigen Kampagnen, den ersten Frauenkongress sowie den Anerkennungspreis «Chancengleichheit 2000». Die liechtensteinische Delegation ist aktiv an der Ausarbeitung des Schlussdokuments beteiligt, welches von der Sondersession am 9. Juni verabschiedet wird. (paf)

Info-Abend über den Finanzplatz Liechtenstein

VADUZ: Heute Mittwoch, den 7. Juni 2000, findet um 19.30 Uhr im Vaduzer Saal die Informationsveranstaltung der Regierung zum Finanzplatz Liechtenstein statt. Mit dieser Veranstaltung will die Regierung auf die Chancen und Risiken der gegenwärtigen Entwicklung des liechtensteinischen Finanzplatzes hinweisen und diese analysieren und diskutieren. Nach den einleitenden Referaten von Regierungschef Mario Frick, Regierungsrätin Andrea Willi, dem Leiter des Amtes für Finanzdienstleistungen, Roland Müller, und Ressortsekretär Marcus Rick besteht die Möglichkeit, im Rahmen einer Publikumsdiskussion die Themen zu vertiefen. Auch der anschliessende Aperitif bietet Raum zu weiterführenden Gesprächen. Die Regierung lädt alle interessierten Einwohnerinnen und Einwohner Liechtensteins zu dieser Veranstaltung herzlich ein. (paf)

Auffahrunfall

ESCHEN: Am Montagvormittag ereignete sich auf der «Essanestrasse», Höhe Dennersattel in Eschen, ein Auffahrunfall mit drei beteiligten Fahrzeugen. Eine aus Richtung Bendern kommende Autolenkerin wollte nach links abbiegen und musste wegen Gegenverkehrs anhalten. Zwei nachfolgende Autos stiessen in das stehende Fahrzeug. Es blieb bei Sachschaden an den drei Autos. (pfl)

LSVA: Regierung weist Vorwürfe zurück

Mario Frick wiederholt sein Ja zur Schwerverkehrsabgabe - Gute Beziehungen bewahren

Regierungschef Mario Frick machte sich gestern erneut für den Staatsvertrag mit der Schweiz zur LSVA stark. Man wolle die guten Beziehungen zur Schweiz bewahren, so Mario Frick. Zudem betonte der Regierungschef, dass die Regierung schon frühzeitig mit der Schweiz um eine andere Lösungsvariante verhandelt habe. Man habe jedoch keine andere Möglichkeit gefunden.

Alexander Batliner

Am Montagabend lud das Referendumskomitee «Nein zur LSVA» zu einer Pressekonferenz, bei welcher gegen die Regierung schwere Vorwürfe erhoben wurden. Unter anderem wurde betont: «Bei einem frühen Nein zur LSVA wäre ein Nichtmitmachen Liechtensteins mit sehr geringer Abänderung des Kontrollkonzeptes möglich gewesen. Mit etwas mehr Aufwand und gutem Willen ist dies auch heute machbar. Ein Nein zur LSVA ist kein technisches sondern ein politisches Problem, welches die Regierung zu lösen hat. Die Regierung und die verantwortlichen Behörden haben es verabsäumt, frühzeitig ein eventuelles Nichtmitmachen zu deponieren.»



Regierungschef Mario Frick ging am gestrigen Pressegespräch nochmals auf das Referendum zur LSVA ein. (Archivbild)

Diese Vorwürfe wies Regierungschef Mario Frick gestern zurück. Er unterstrich am Pressegespräch: «Wir haben im Gespräch mit unseren Schweizer Partnern gesagt, dass wir prüfen müssen, was mir machen, wenn die Schweiz die LSVA einführt. Wir haben zuerst offengelassen, ob wir die LSVA auch einführen oder nicht. Wir haben aber auch klar

dargelegt, dass uns bewusst ist, dass es einen Konnex zum Zollvertrag gibt. Wir haben versucht Lösungen zu finden, die einerseits liechtensteinische Interessen abdeckt und andererseits die guten Beziehungen zur Schweiz zu bewahren hilft. Ich habe beispielsweise mit Bundesrat Villiger telefoniert und ihm gesagt, dass für unsere Entscheidungsfindung

wichtig zu wissen sei, ob es Möglichkeiten gibt, Kontrollen vorzunehmen, ohne dass es auf den Rheinbrücken Häuschen und bemannte Kontrollen gibt. Er hat uns dann mitgeteilt, dass er keine derartigen Möglichkeiten sieht. Wir haben also sorgfältige Überlegungen angestellt und auch abgeklärt, ob es eine Chance gibt, ein eigenes System aufzubauen. Die Rückmeldung war klar Nein.»

Nicht bei allen Grenzen

Mario Frick machte aber auch deutlich, dass solche Kontrollstellen nicht bei allen Grenzübergängen in die Schweiz installiert würden. «Man würde sich auf zwei oder drei Kontrollstellen konzentrieren, die anderen würden für den Schwerverkehr gesperrt werden. Dies würde natürlich zu einer Konzentration des Schwerverkehrs führen. Dann müsste man auch die Frage des Stauraumes klären. Fakt ist: Ein Nein bringt neue und meines Erachtens grössere Probleme», so Mario Frick. Der Regierungschef bestätigte hingegen, dass die LSVA nicht nur den Schwerverkehr betrifft, wie die Referenten ausführen. Sie betonen: «Zusätzlich werden alle Wohnwagenbesitzer, alle gewerblichen Traktore sowie alle Fahrzeuge mit mehr als 3.5 Tonnen Gesamtgewicht pflichtig – dies betrifft auch grosse PKW mit Anhängerkupplung.»

«Der Sinn einer Lenkungsabgabe...»

Forum: Pressemitteilung der Liechtensteinischen Gesellschaft für Umweltschutz

Immer neue Studien machen den Letzetunnel und die S 18 nicht besser. Sie geben aber offensichtlich PolitikerInnen Mut, die Mythen vom gottgewollten Verkehrswachstum vergessen zu lassen. Diesen Mut haben Regierung und Landtag auch bei der Einführung der LSVA bewiesen – wird die Regierung auch im Gespräch mit Bundeskanzler Schüssel über den Letzetunnel so klar reden?

Es geht langfristig nicht darum, wo die kürzeste Distanz zwischen den beiden EU-Autobahnen E41 und E43 ist. Die heutige Situation leitet sich daraus ab, dass zwischen diesen beiden EU-Autobahnen eine unkomplizierte und schnelle Verbindung für den motorisierten Verkehr fehlt – was bisher viele LKW und auch Personenwagen davon abhielt, durch das Rheintal nach Norditalien oder Süddeutschland zu fahren. Zu einer relativen «Schonung» des Rheintals hat zudem bisher auch die 28-Tonnen-Limite geführt. Die Prognosen für die Zunahme des Verkehrs durch verschiedene Fördermassnahmen des motorisierten Strassenverkehrs wie schnellere Strassen, kürzere Abfertigungszeiten, Aufhebung von Einschränkungen usw. lassen Zustände, wie sie heute schon in Uri oder am Brenner bestehen, erahnen. Es nützt nichts, wenn es zu spät ist, an Wundermittel zu glauben – was die geplagten BewohnerInnen an diesen beiden Transitkorridoren durch die Alpen nur vergrämt – bestätigen können. Wir müssen heute die bisherige Fehlentwicklung erkennen: Fördermassnahmen für

den motorisierten Strassenverkehr bewirken bewusst Verkehrszunahmen – der Verkehr soll besser «fliessen». Die bereits alarmierenden Überschreitungen von Grenzwerten bei den Luftschadstoffen oder dem Lärm konnten bis anhin nicht durch neue Strassen vermieden werden – und in Zukunft wird das noch viel unmöglicher sein.

Rollen tun sie, weil wir wollen, dass sie rollen

Eine Verbindung der beiden EU-Autobahnen irgendwo im Rheintal erhöht die Belastung von Menschen an ihrem Wohn- und/oder Arbeitsort noch zusätzlich, obwohl heute schon Grenzwerte überschritten werden. Nicht einmal die wirtschaftliche Entwicklung kann als Argument für eine Verbindung der beiden Strassen angeführt werden. Das Bruttoinlandprodukt ist nicht an den Transitverkehr gekoppelt. Europaweit nehmen auch die Nettoeinkommen und die Beschäftigung kontinuierlich ab, obwohl der Transitverkehr mit über 30 %

wächst. Das Rheintal und im speziellen Liechtenstein, ist erschlossen, wie wahrscheinlich keine zweite Gegend in Europa – wofür geben wir also noch mehr Lebensqualität auf? Kann es sein, dass wir uns in einer Sackgasse befinden?

Umdenken ist nur der erste Schritt

Doch der ist vielen schon zu viel. Zum Beispiel denjenigen, die sich gegen die Einführung der LSVA in Liechtenstein wehren. Wenn die LSVA als «Steuer, die nicht gebraucht wird», beschrieben wird, dann ist das irreführend oder volkswirtschaftliches Unverständnis. Auch wenn wir von der LGU den vollen Einsatz der Gelder zugunsten eines möglichst verträglichen Gütertransports bevorzugt hätten, ist die Einführung der LSVA in Liechtenstein sehr zu begrüssen. Wir sehen die LSVA als europaweites Konzept, das zur Kostenwahrheit im Schwerverkehr beiträgt und gleichzeitig Anreiz für eine bessere Auslastung der Fahrzeuge ist. Die Einführung der

LSVA ist ein kleiner Schritt Liechtensteins gegen den Letzetunnel und ein notwendiger Beitrag zur Einbremsung des ungehemmten und geförderten Wachstums des LKW-Verkehrs. Wir hoffen deshalb, dass das Referendum im Sinne einer stimmigen Verkehrspolitik nicht zu Stande kommt.

Grosskreuz mit Brillanten eine reine Formalität?

Am 8. Juni befindet sich Bundeskanzler Schüssel in Liechtenstein. Beim Gespräch mit der Regierung steht auch der Letzetunnel auf der Traktandenliste. Am Nachmittag soll der Bundeskanzler das Grosskreuz mit Brillanten von Fürst Hans-Adam II. erhalten. Ein solcher Ordensaustausch sei eine reine Formalität – ist der Besuch und das Gespräch mit der Regierung zum Letzetunnel etwa auch «nur» als Formalität zu werten, an dem immer noch ein «Ja-vielleicht» zum Letzetunnel das einzige Resultat ist?

Liechtensteinische Gesellschaft für Umweltschutz

REKLAME

EURO 2000

Live Übertragung auf Grossleinwand

casino
i. Feldkirch

„Roulette und Poker“
jeden Sonntag großes Gratis-Buffer
täglich ab 14.00 Uhr

Bahnofstrasse 1 A-6800 Feldkirch
Tel.: 00 43/55 22/76 0 66

Jedes Tor kann Ihren Gewinn verdoppeln!

Forum
Unter der Rubrik «Forum» veröffentlichten wir Zuschriften und Beiträge von Verbänden, Vereinen, Aktionen und Initiativen. Das Forum dient dem Zweck, die Meinungen der LeserInnen über die Zustände im Land zu veröffentlichen.